



SCHNELL INFO

IDEOLOGIE WICHTIGER ALS WERTSCHÄTZUNG

Faire Besoldung und gute Arbeitsbedingungen für Beamtinnen und Beamte

Während Beschäftigte im öffentlichen Dienst täglich für einen funktionierenden Staat sorgen, scheint der Staatsregierung das Klammern an der „Schwarzen Null“ wichtiger als die eigenen Beschäftigten. Für viele Beamtinnen und Beamte in Bayern bedeutet das: **Unsicherheit, reale Einkommensverluste und schlechtere Arbeitsbedingungen**. Der DGB Bayern und seine **ÖD Gewerkschaften ver.di, GdP, GEW und IGBAU** sagen klar: **Bayern befindet sich gerade auf dem falschen Weg. Es braucht eine Kehrtwende.**

Verzögerte Übernahme des TV-L-Tarifergebnisses

Die Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst haben ein Tarifergebnis erkämpft. Während fast alle weiteren Bundesländer bis jetzt erklärt haben, die Tarifeinigung zeit- und wirkungsgleich für die Beamtinnen und Beamte zu übernehmen, will Bayern die Übertragung um sechs Monate verzögern. **Das ist eine Kürzung der Besoldung durch die Hintertür.**

Statt eine Spitzenposition als Arbeitgeberin zu haben, droht in Bayern weiterer Personalmangel und Überlastung.

Amtsangemessene Alimentation weiterhin ungeklärt

Das Bundesverfassungsgericht hat klare Maßstäbe für eine **amtsangemessene Alimentation** gesetzt. Frühzeitig haben wir auf Klärung zentraler Fragen gedrängt. Sie alle bleiben offen, in der Hoffnung „wird schon passen“:

- Wird die Besoldung den verfassungsrechtlichen Vorgaben wirklich gerecht?
- Was ist mit der Annahme eines fiktiven Partner*inneneinkommen?
- Werden strukturelle Probleme tatsächlich gelöst?

Statt Transparenz erleben viele Betroffene **komplizierte Nachberechnungen und Unsicherheit**. Beamtinnen und Beamte **haben ein Recht auf eine eindeutig verfassungskonforme und nachvollziehbare Besoldung**.

Familienleistungen dürfen nicht von hypothetischen Einkommen abhängig sein. Das ist realitätsfern und ungerecht. Familienmodelle sind vielfältig – und nicht jede Partnerin oder jeder Partner kann erwerbstätig sein.

Einschränkung familienpolitischer Teilzeit

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist im öffentlichen Dienst ein entscheidender Faktor. Die Einschränkungen bei der **familienpolitischen Teilzeit** senden das falsche Signal.

Gerade in Zeiten von Fachkräftemangel und Nachwuchssorgen braucht es:

- flexible Arbeitszeitmodelle,
- eine verlässliche Familienpolitik sowie
- eine moderne Personalpolitik

Stattdessen drohen jetzt neue Hürden für die Beschäftigten.

Stellenabbau und Stellenmoratorium

In vielen Behörden steigen die Aufgaben – doch gleichzeitig werden Stellen eingespart oder nicht nachbesetzt. Das **Stellenmoratorium** verschärft die Situation zusätzlich.

Die Folgen sind bereits spürbar:

- steigende Arbeitsbelastung,
- längere Bearbeitungszeiten und
- zunehmende Frustration in den Behörden

Ein leistungsfähiger Staat braucht **ausreichend Personal** – keine Sparpolitik auf Kosten der Beschäftigten und der Bürgerinnen und Bürger.

Unsere Forderungen

Der DGB Bayern fordert von der Staatsregierung:

- **Zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des TV-L-Tarifergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten**
- **Eine eindeutig verfassungskonforme und transparente Besoldung**
- **Keine Anrechnung fiktiver Partner*inneneinkommen**
- **Stärkung statt Einschränkung familienpolitischer und anderer Teilzeitregelungen**
- **Aufhebung des Stellenmoratoriums**
- **Bessere Arbeitszeitmodelle, statt noch mehr Arbeitsbelastung**
- **Ausreichend Personal für einen funktionierenden öffentlichen Dienst**

Gute Arbeit im öffentlichen Dienst ist Voraussetzung für einen starken Staat, dem die Bürgerinnen und Bürger vertrauen.

Bayern muss seine Beamtinnen und Beamten fair behandeln.

Dafür setzen wir uns ein.

DGB Bayern ver.di Bayern GDP Bayern GEW Bayern IGBAU Region Bayern und Franken

v.i.S.d.P.: DGB Bayern, Bernhard Stiedl, Neumarkter Straße 22, 81673 München | Stand: März 2026